

# Der Wirtschaftsweise macht die Generalin zur Minna

**DISKUSSION** Prof. Wiegard forderte Antworten, wie Steuersenkungen finanziert werden sollen – die FDP-Politikerin Miriam Gruß aber bleibt sprachlos

VON MARIA GRUBER, MZ

**REGENSBURG.** Es war als 100-Tage-Bilanz der schwarz-gelben Wirtschaftspolitik gedacht. Was bei der Podiumsdiskussion „Mit Volldampf in die Sackgasse?“ am Mittwochabend im Regensburger Kaisersaal aber herauskam, war eine mehr als hitzige Debatte über die Frage, wie die geplanten Steuersenkungen der Regierungskoalition gegenfinanziert werden können.

Auf dem Podium saßen der Wirtschaftsweise Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, Stefan Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und JU-Chef, Miriam Gruß, bayerische FDP-Generalsekretärin und stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag sowie Gerd Ortner, Landesvorsitzender der Wirtschaftsjuvenen (WJ). Eingeladen hatten die WJ, die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) und der Bund Katholischer Unternehmer (BKU).

Prof. Wolfgang Wiegard attestierte der schwarz-gelben Koalition in seinem Impulsstatement einen holprigen Start, mit dem aber jede Regierung zu kämpfen habe. Entscheidend sei,



**Forderte von der Politik Konzepte, bekam aber nur ausweichende Antworten: Wolfgang Wiegard**

was am Ende herauskommt. Die Große Koalition habe schlimmere Auswirkungen der Krise verhindert, jetzt müsse Schwarz-Gelb aufräumen und dafür sorgen, dass die Staatsverschuldung zurückgefahren werde. In den ersten 100 Tagen von Schwarz-Gelb sei von Konsolidierung aber noch „überhaupt nicht“ die Rede gewesen.

Stattdessen wolle die Regierung, so Wiegard weiter, die Steuern senken, weil sie sich dadurch Wachstumseffekte erhofft. Diese könnten aber niemals so groß sein, dass sich damit die Konsolidierung – es besteht ein Bedarf von 40 Milliarden Euro – erledigen



**Zum Lachen war der bayerischen FDP-Generalsekretärin Gruß nur am Anfang zumute.** Fotos: altrofoto.de

würde. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz enthalte zumindest keine Investitionsanreize für Unternehmer. „Ich hoffe, dass noch was dabei rauskommt“, sagte Wiegard am Ende seines Referats und leitete so das verbale Gefecht ein, das nun folgte.

Die Regierung, so Gruß, wolle jetzt tatsächlich aufräumen, bräuchte dazu aber Zeit. Den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie sowie die Parteispende an die FDP brachte Gruß, die versuchte, sich mit einer Vorwärtstrategie energisch gegen die rhetorische Übermacht des Professors zu wehren, selbst zur Sprache. Die Aussa-

ge, dass die Politik der FDP nichts mit dem Geldtransfer zu tun habe und die Mehrwertsteuersenkung richtig gewesen sei, verleitete nicht nur den einen oder anderen der etwa 100 Gäste zu spöttischen Zwischenrufen und Gelächter. Wiegard antwortete: „Die Maßnahme war falsch.“ Sie habe das Steuerrecht verkompliziert.

Auf die Frage des Moderators Christian Omonskey von den WJ, wie Steuersenkungen bei dem mächtigen Haushaltsloch zu rechtfertigen seien, flüchtete die junge Politikerin Gruß wie so oft an diesem Abend in ihr Spezialgebiet, die Familienpolitik. „Wir wollen Familien entlasten und ihnen das Geld in der Tasche lassen“, war ihre Lösung. Die Ratlosigkeit im Publikum fing Stefan Müller ein, der erklärte, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz

durch die Entlastung von Unternehmen, von Erben, von Familien und der Hotellerie zu mehr Wachstum führen könne. Wiegard widerlegte auch diese Aussage und forderte von den beiden Vertretern der Politik weiter unerbittlich Konzepte ein, wie die steuerlichen Entlastungen gegenfinanziert werden sollen. Steuersenkungen könnten jetzt

nur über Schulden finanziert werden, Schulden bedeuteten aber später wieder Steuererhöhungen. Die schablonenhafte Antwort von Gruß: „Steuererhöhung wird es mit uns nicht geben.“ Wiegard: Dann ginge es aber nur über Ausgabenkürzung. Gruß: Das liberale Sparbuch, in dem die Umstrukturierung von Bundesagentur und Krankenkassen enthalten sei, werde auf den Tisch kommen – aber erst nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen, vermutete Wiegard.

Während dieses Schlagabtausches erhob Mitveranstalter Martin Schmack das Wort: Die Diskussion sei nicht auszuhalten, meinte er, woraufhin Gruß sich zu der Aussage hinreißen ließ, dass die Veranstalter beim nächsten Mal ja jemand anderen einladen können, und sich so selbst mit Volldampf in die Sackgasse katapultierte. „Die Koalition sagt nicht, wie es weitergehen soll“, sagte Schmack und nahm damit die Meinung des raunen Publikums auf. Die Sprachlosigkeit der Politik führe zu dem Missmut, erklärte er Gruß und Müller. „Die Menschen brauchen jetzt klare Versprechen, die verständlich sind.“